

Fehlplanungen dank Input der Jugend ausgeschlossen



Das Jugendbeteiligungsprojekt „Mitmischen“ des Landes hält Einzug in die Gemeindepolitik.

„Warum wählen gehen, wenn sich eh nichts ändert?“, oder: „Wieso Engagement zeigen, mich nimmt ohnehin niemand ernst?“ Solche und ähnliche Aussagen von Jugendlichen sollten die Politik zum Handeln zwingen, sind die Kinder und Teenager von heute doch die Entscheidungsträgerinnen und -träger von morgen.

Dieser Umstand ließ die steirische Politik nicht kalt. Sie hat darauf re-

agiert und im Rahmen des Projekts „Mitmischen“ die Jugend jetzt schon zu Entscheidungsträgerinnen und -trägern und Mitgestalterinnen und -gestaltern gemacht. Nachdem auf Landesebene „Mitmischen im Landhaus“ und der Jugendlandtag erfolgreich in Kooperation mit der Fachstelle beteiligung.st abgewickelt worden waren, initiierte Jugendladesrätin Ursula Lackner die Einbindung der Jugendlichen nun auch auf Gemeindeebene. „So kommen

wir in den Raum, in dem die Jugend aufwächst, und laden sie direkt zum Mitmischen in der Gemeindepolitik ein“, so Lackner.

Wie die „Integration“ junger Mitbürgerinnen und Mitbürger in die Gemeindepolitik funktionieren kann, haben die obersteirischen Gemeinden Trofaiach und St. Barbara eindrucksvoll bewiesen. In Trofaiach setzt sich der Gemeinderat jeweils mit einer Klasse der polytechni-

schen Schule zusammen und nimmt die Anliegen der Schülerinnen und Schüler auf. Dabei wird auf kleine Dinge wie den kaputten Basketballkorb am Spielplatz ebenso eingegangen wie auf Anregungen zur Neugestaltung des Stadtparks. Auch in St. Barbara werden die Jugendlichen aktiv eingebunden – mit Erfolg: Wer mitgestaltet, zeigt Verantwortung, und diese übernehmen die Jugendlichen gerne. Sie können so ihre Gemeinde mitgestalten, auch Umwelt-

fragen werden eingebracht.

MITMISCHEN VOR ORT

Gemeinden, die ein Beteiligungsprojekt starten wollen (Beteiligungswerkstatt, Kindergemeinde- und Jugendräte), melden sich unter www.beteiligung.st. Die Fachstelle unterstützt die Gemeinden professionell.

Beteiligungswerkstatt für Jugendliche auf Gemeindeebene

In Feldbach trafen sich im Rahmen der Beteiligungswerkstatt Gemeindevverantwortliche und interessierte Jugendliche zu einem konstruktiven Austausch, bei dem die Mädchen und Burschen vielseitige Ideen einbrachten. So wurden etwa Vorschläge wie die Organisation eines Tanzworkshops, Maßnahmen zur Förderung einer alternativen Musikszene, ein Veranstaltungskalender für Jugendprogramme und Ideen zur Imageförderung des Jugendzentrums angeregt. Diese Ideen wurden vom Generationenausschussobmann in der Ausschusssitzung eingebracht.

Seite 2

Kinder- und Jugendfreundlichkeit als Standortfaktor

Wie hoch junge Menschen und Familien die Lebensqualität in ihrer jeweiligen Herkunftsgemeinde einschätzen, hängt unter anderem davon ab, wie gut ihre Entfaltungsmöglichkeiten sind und wie sehr sie sich bzw. ihre Anliegen vertreten fühlen, mit anderen Worten: Wie kinder-, jugend- oder familienfreundlich ist die Gemeinde?

Unter „-freundlichkeit“ versteht man in der Sozialpsychologie einerseits anerkennendes Verhalten eines Menschen, andererseits ein wohlgesonnenes Gefühl gegenüber seiner sozialen Umgebung. Seite 3

Gemeindeamt in Kinderhand

Alle Hände voll zu tun hatten Vizebürgermeister Adolf Kohlbacher und Gemeinderat Udo Hebesberger, damit neben der üblichen Anzahl von 21 Gemeinderatssesseln noch einmal so viele am Tisch Platz finden konnten.

Der Kindergemeinderat Raab-Grambach startete am 17. April 2018 offiziell in seine erste Sitzung, und das mit Erfolg: Insgesamt 40 neugierige Mädchen und Burschen folgten der Einladung ins Gemeindeamt und nahmen wie die Großen am Gemeinderatstisch Platz.

Seite 5

Beteiligungsauftrag für Gemeinden

Forschungen zum Thema Abwanderung zeigen auf, dass – abgesehen von den vorhandenen Jobmöglichkeiten in der Region – die weichen Faktoren ausschlaggebend für individuelles Wohlbefinden sind. Sie stehen somit den harten Faktoren bei der Entscheidung für oder gegen ein Abwandern um nichts nach. Kommunen sind daher gut beraten, sich besonders um „ihre“ Kinder und Jugendlichen zu bemühen und sich für deren Interessen einzusetzen. Denn: Kommunen mit Zukunft setzen auf den Aufbau einer kinder- und jugendfreundlichen Gemeinde.

Seite 7

Mitmischen gegen Politikverdrossenheit

Mitdenken und mitlenken – so lautet das Credo der Initiative „Mitmischen“, einer Kooperation von Land Steiermark und der Fachstelle beteiligung.st, die seit neun Jahren erfolgreich besteht. Den Ausgangspunkt bildete das Vorhaben, das Interesse der Jugendlichen für Politik zu wecken, indem diese erlebbar gemacht wird. Die jungen Steirerinnen und Steirer können bei „Mitmischen im Landhaus“ die Arbeit des Landtags kennenlernen. Die Zahlen bestätigen den Erfolg des Konzepts. „Seit 2009 haben über 5.600 Jugendliche im Landhaus ‚mitgemischt‘“, freut sich Daniela Köck, Geschäftsführerin von beteiligung.st.

Seite 8

Beteiligungswerkstatt für Jugendliche auf Gemeindeebene

Die Beteiligungswerkstatt ermöglicht es Jugendlichen in der Steiermark, sich mit Themen und Angeboten in ihrer Gemeinde auseinanderzusetzen, Wünsche, Ideen und Anregungen einzubringen und diese im Austausch mit Verantwortlichen zu diskutieren.



In Feldbach trafen sich im Rahmen der Beteiligungswerkstatt Gemeindevorstandliche und interessierte Jugendliche zu einem konstruktiven Austausch, bei dem die Mädchen und Burschen vielseitige Ideen einbrachten. So wurden etwa Vorschläge wie die Organisation eines Tanzworkshops, Maßnahmen zur Förderung einer alternativen Musikszene, ein Veranstaltungskalender für Jugendprogramme

und Ideen zur Imageförderung des Jugendzentrums angeregt. Diese Ideen wurden vom Generationenausschussobmann in der Ausschusssitzung eingebracht. Mithilfe der Jugendarbeiterinnen und -arbeiter werden die einzelnen Punkte nun schrittweise umgesetzt.

Auch in Fehring nahmen Jugendliche und Gemeinderätinnen und -räte an einer Beteiligungswerkstatt

teil. Das wichtigste Thema für die Jugendlichen war hier die Etablierung eines eigenen Jugendtreffpunkts bzw. einer eigenen Jugendgruppe, die entsprechende Veranstaltungen und Angebote organisiert. Das Engagement der Jugendlichen macht aber nicht bei der Ideengabe halt, sondern erstreckt sich weiter über die wichtige Unterstützung bei der Umsetzung der Projekte. Gemeinsam mit den Ver-

treterinnen und Vertretern aus dem Gemeinderat wurde bei einem anschließenden Treffen die Weiterbearbeitung der Ideen durchgeführt.

Bei der Beteiligungswerkstatt in Sinabelkirchen bildeten sich Arbeitsgruppen mit Jugendlichen und Gemeindevertreterinnen und -vertretern, die sich der Umsetzung der Projektideen widmen. Folgende Projekte spielten dabei für die

Jugendlichen eine zentrale Rolle: die Errichtung einer mobilen Jugendschirmbar für Vereine zum Ausleihen und die Gestaltung bzw. Verwaltung einer jugendfreundlichen Facebookseite und Instagram der Marktgemeinde.

Mitmischen bedeutet mitentscheiden

Die Initiative „Mitmischen vor Ort“ steht für Jugendbeteiligung in der Steiermark.

Die Ideen der Jugendlichen, um ihren Heimatort jugendgerechter und für sie attraktiver zu gestalten, sind vielfältig und breit gefächert: das Schwimmbad, das mit einem Volleyballplatz noch attraktiver wäre, oder der Gemeindepark, in dem sich eine Skateanlage gut machen würde ... Die Liste ist lang.

Um Jugendliche in das Geschehen in ihrer Gemeinde besser einzubinden, hat Jugendlandesrätin Ursula Lackner im Vorjahr die Initiative „Mitmischen vor Ort“ ins Leben gerufen: „Ich möchte, dass Jugendliche nicht nur erleben können, wie demokratische Prozesse ablaufen, sondern auch, dass sie sich daran beteiligen. Die Gemeindepolitik ist

dabei die naheliegende Ebene.“ Als Anreiz werden Gemeinden, die Jugendliche in ihre politische Arbeit einbinden, vom Land gefördert. Abgewickelt werden die Projekte über die Fachstelle beteiligung.st. Das Echo ist groß, wie die Beispiele der Beteiligungswerkstatt in Fehring und Feldbach, das Kinderparlament in Bruck oder das Projekt „Mitmischen in Trofaiach“ zeigen – und der Nutzen ist für beide Seiten gegeben. Daniela Köck, Geschäftsführerin von beteiligung.st, dazu: „Die Gemeinden erkennen, wie wichtig es ist, die Meinungen der Kinder und Jugendlichen einfließen zu lassen, auch die Jugendlichen sind positiv überrascht vom Interesse an ihren Themen.“



Kinder- und Jugendfreundlichkeit als Standortfaktor

Politik und Verwaltung gestalten das direkte Lebens- und Wohnumfeld der Bürgerinnen und Bürger, darunter Kinder und Jugendliche, und prägen somit die Lebensqualität der (jungen) Menschen.

Wie hoch junge Menschen und Familien die Lebensqualität in ihrer jeweiligen Herkunftsgemeinde einschätzen, hängt unter anderem davon ab, wie gut ihre Entfaltungsmöglichkeiten sind und wie sehr sie sich bzw. ihre Anliegen vertreten fühlen, mit anderen Worten: Wie kinder-, jugend- oder familienfreundlich ist die Gemeinde?

Unter „-freundlichkeit“ versteht man in der Sozialpsychologie einerseits anerkennendes Verhalten eines Menschen, andererseits ein wohlgeordnetes Gefühl gegenüber seiner sozialen Umgebung. Ein freundlicher und sozialer Umgang mit seinen Mitmenschen ist die Basis für ein kooperatives Miteinander.

Bezogen auf Kommunen bedeutet die Freundlichkeit gegenüber Kindern, Jugendlichen und jungen Familien, dass die Belange und Bedürfnisse der jeweils Betroffenen ins Zentrum des Bewusstseins rücken und ernst genommen werden. Die Interessen werden aufgegriffen und gezielt gefördert. Junge Menschen sind angesichts der konstatierten Bevölkerungsentwicklung ein knappes und somit kostbares Gut für Kommunen, so Winfried Pletzer, Referent für Kommunale Jugendarbeit vom Bayerischen Jugendring. Daher scheint es seiner Meinung nach naheliegend, dass „entwicklungsfähige Städte und Gemeinden mit Zukunft“ sich noch intensiver um die Förderung und Unterstützung junger Menschen bemühen und finanzielle sowie personelle Ressourcen für eine Entwicklung und Etablierung der Standortfaktoren Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit aufwenden. Pletzer spricht in diesem Zusammenhang von einem „Paradox im demografischen Wandel“ und meint damit, dass eine schrumpfende junge Bevölkerung nicht einhergeht mit einem abnehmenden Engagement und Bemühen um sie. Eine starke bürgerschaftliche und politische Interessenvertretung sowie Lobbyarbeit für Familien, Kinder und Jugendliche sollen eingeführt werden – und das am besten sofort.

Rahmenbedingungen für Kinder- und Jugendfreundlichkeit.

Die Etablierung des Standortfaktors in Bezug auf Kinder- und Jugendfreundlichkeit setzt laut Sozialwissenschaftler Rainer Loidl-Keil eine Partizipation der Betroffenen

voraus. Darauf basierend setzt die Fachstelle [beteiligung.st](#) in ihrer Arbeit mit Kommunen auf diese gelebte Kultur des Mitredens, Mitgestaltens und Mitbestimmens am gesellschaftlichen Leben. Kinder- und jugendfreundliche Gemeinden ermöglichen den jungen Menschen vor Ort genau das: Sie richten ernsthafte Mitsprachemöglichkeiten mittels altersadäquater Partizipationsmethoden ein und verschaffen den Betroffenen in der Gemeinde Gehör. Der Mehrwert, der entsteht, wenn Kinder- und Jugendfreundlichkeit mittels forcierter beteiligungsorientierter Jugendpolitik ermöglicht wird, ist augenscheinlich: Auf der Seite der Kommune verschafft dies einen Einblick in die Bedürfnisse der jungen Generation vor Ort und ermöglicht durch eine dialogorientierte Beteiligung einen wertschätzenden Austausch der Sichtweisen. Dieses Wissen kann wiederum strategisch dafür genutzt werden, um Konfliktpunkte frühzeitig zu erkennen sowie Finanzmittel gezielter einzusetzen und dadurch Fehlinvestitionen zu vermeiden. Den Kindern und Jugendlichen ermöglicht der beteiligungsorientierte Zugang auf der anderen Seite ein besseres Verständnis für politische Prozesse. Bestimmte Vorgehensweisen werden für sie klarer und darüber hinaus schärft es ihr demokratisches Bewusstsein – eine Win-win-Situation also.

Eine ernsthafte beteiligungsorientierte Jugendpolitik setzt voraus, dass Kinder und Jugendliche ein selbstverständliches Recht darauf haben, ihre Meinung zu allen Themen, die sie und ihr Lebensumfeld betreffen, zu äußern und dass ihre Stimme auch gehört wird. Sie sind Teil des Gemeinwesens, ihre Beteiligung daran ist ein Grundrecht. Dadurch können ihre Fähigkeiten zur Selbstorganisation und Selbstbestimmung gestärkt werden. All dies basiert auf rechtlichen Grundlagen, die das Recht auf Beteiligung von jungen Menschen festschreiben, wie beispielsweise die 1989 verfasste UN-Kinderrechtskonvention (Art. 12 und 13), das Steiermärkische Volksrechtegesetz (§180a) und das Steirische Jugendgesetz (StJG §4), das den Gemeinden ausdrücklich nahelegt, Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen zu schaffen und Initiativen mit Kinder- und Jugendbeteiligung finanziell zu unterstützen.

Um Kinder- und Jugendfreundlichkeit in der Kommune zu etablieren, bedarf es struktureller Rahmenbedingungen für Politik und Verwaltung. Der deutsche Verein „Kinderfreundliche Kommunen“, eine Initiative des Deutschen Komitees für UNICEF e.V. und des Deutschen Kinderhilfswerks e.V., begleitet Gemeinden und Städte bei der Entwicklung eines kinderfreundlichen Aktionsplans.

Ein ähnliches Konzept gibt es auch in Österreich mit dem Audit familienfreundliche Gemeinde, mit

dessen Durchführung die Familie & Beruf Management GmbH in Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund beauftragt ist.

In der Praxis bedeutet das: Die Kommune hat entweder eine beauftragte Person für Kinder- und Jugendagenden, ein Kinder- und Jugendparlament oder andere Formen der Interessenvertretung installiert. Damit wird gewährleistet, dass Kinder und Jugendliche Themen, Ideen und Kritik einbringen können und sich die Kommune

dessen ernsthaft annimmt. Darüber hinaus sind personelle und finanzielle Ressourcen zur Institutionalisierung der bereits genannten Strukturen ausgewiesen. Die Kommune setzt weiters auf eine Kooperation mit relevanten Akteurinnen und Akteuren aus Schule, Vereinen, Sozial- und Jugendeinrichtungen und anderen Institutionen, die mit jungen Menschen zusammenarbeiten, und fördert damit einen themen- und ausschussübergreifenden Ansatz der Kinder- und Jugendpolitik.



Feldkirchner Kindergemeinderat



Jubiläumsjahr für den Kindergemeinderat

Der Kindergemeinderat Feldkirchen bei Graz feiert heuer sein fünfjähriges Bestehen. Voller Freude

konnten die 8- bis 13-jährigen Kindergemeinderätinnen und -räte die Fortsetzung des Kindergemeinderats in ihren Schulen ankündigen. Zu Schulbeginn gingen sie gemeinsam mit Nadja Ulz von [beteiligung.st](#) in die

Klassen der örtlichen Volksschule und Neuen Mittelschule, um den Schülerinnen und Schülern vom Kindergemeinderat zu erzählen. Interesse weckten sie vor allem mit Berichten über ihre bisherigen Projekte, die sie mithilfe der

Marktgemeinde umsetzen konnten, wie etwa die Mitgestaltung des Generationenparks samt Baum- und Wiesenbepflanzung, die Organisation und Durchführung von Filmnachmittagen, die Mitplanung des Wagnitzer Spielplatzes und die mehrmalige Beteiligung an den Kindertreffen der steirischen Kindergemeinderätinnen und -räte und Kinderparlamente.

Die positive Resonanz, die der Kindergemeinderat bislang erzeugt, spiegelt sich im vermehrten Zuwachs an beteiligten Kindern in den vergangenen fünf Jahren wider. Bürgermeister Erich Gosch, Jugendausschussobmann und GR David Wilfling freuten sich besonders über die rege Teilnahme 31 interessierter Burschen und Mädchen bei den ersten beiden Sitzungen im Herbst letzten Jahres.

Und so verlief die Kindergemein-

deratssitzung: Gleich zu Beginn brachten die frischgebackenen Kindergemeinderätinnen und -räte viele Ideen ein, die sie gerne in Feldkirchen umsetzen möchten oder die zu einem besseren Zusammenleben beitragen sollen. Allgemeine Themen, wie zusätzliche Spielmöglichkeiten, aber auch konkrete Punkte, wie beispielsweise Jausentische am Sportplatz oder mehr Mülltonnen vor der Schule, wurden zusammengeschrieben und besprochen. Ein Großteil der Kinder nahm Bezug auf den bereits mehrmals durchgeführten Filmnachmittag: „Wir wollen wieder einen Kinotag organisieren und damit noch mehr Kinder erreichen!“ Einige Punkte konnten zur Beantwortung sofort an den Jugendausschussobmann weitergeleitet werden. Andere Ideen wurden in den folgenden acht Sitzungen besprochen und gemeinsam bearbeitet.

Kinder mischen in der Mortantscher Gemeindepolitik mit

Am 14. November war es so weit: 27 Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren folgten der Einladung zum Kindergemeinderat.

Mit der Gründung des Kindergemeinderats bietet die Gemeinde Mortantsch den Mädchen und Burschen eine Möglichkeit, sich aktiv ins Gemeindegesehen einzubringen. Dabei stehen die Bedürfnisse der Kinder im Vordergrund. Themen, die die Kinder direkt betreffen, werden besprochen. Zudem üben sich die Kinder darin, in der Gruppe Entscheidungen zu treffen und eigene Ideen in konkrete Projekte umzuwandeln. Neben der Projektarbeit lernen die 8- bis 12-Jährigen die Aufgaben der Gemeinde besser kennen, sie erfahren auf spielerische Art mehr über die Strukturen einer Demokratie. Ein weiterer wichtiger Grundgedanke ist, dass die Gemeindevorstandlichen den Kindergemeinderat als erste Anlaufstelle für Kinderfragen sehen. Die Mädchen und Burschen fungieren somit als Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt und vertreten die Meinung der Mortantscher Kinder.

Wozu ein Kindergemeinderat?

Diese Frage ist leicht zu beantworten, profitieren vom Kindergemeinderat doch beide Seiten – die Kinder und Jugendlichen sowie die Politik und deren Vertreterinnen und Vertreter. Der beidseitige Gewinn liegt ganz klar

auf der Hand: Einerseits lernt die Gemeinde die Bedürfnisse der Kinder kennen und trägt wesentlich zur Demokratiebildung der Kinder bei. Andererseits erleben die Kindergemeinderätinnen und -räte selbst, dass sie mit ihren Ideen von den Erwachsenen ernst genommen werden.

Und was macht der Kindergemeinderat?

Bereits in der ersten Sitzung brachten die frischgebackenen Kindergemeinderätinnen und -räte viele Punkte ein, die sie gerne in Mortantsch umsetzen möchten oder die zu einem besseren Zusammenleben beitragen sollen. So wurden zum Beispiel Themen angesprochen, die sich auf zusätzliche Freizeitangebote, Müllentsorgung und beliebte Treffpunkte der Kinder bezogen. Konkrete Punkte, wie beispielsweise neue Netze beim Funcourt, neue Bänke im Pausenhof oder mehr Bücher in der Bibliothek, wurden angesprochen. Jedes Kind kann seine Meinung im Kindergemeinderat kundtun und darüber in der Gruppe diskutieren.

Die Ideen zu Projekten werden ausgearbeitet und gemeinsam mit den Gemeindevorstandlichen umgesetzt. Nadja Ulz und Andreas Lackner von [beteiligung.st](#), der Fachstelle für Kinder-, Jugend- und BürgerInnenbeteiligung, begleiten den Kindergemeinderat.



Gemeindeamt in Kinderhand

Es herrschte buntes Treiben im Gemeindeamt. Die Stimmung war ausgelassen, es wurde geplaudert, gelacht und eifrig Platz geschaffen.



Alle Hände voll zu tun hatten Vizebürgermeister Adolf Kohlbacher und Gemeinderat Udo Hebesberger, damit neben der üblichen Anzahl von 21 Gemeinderatssesseln noch einmal so viele am Tisch Platz finden konnten.

Der Kindergemeinderat Raaba-Grambach startete am 17. April 2018 offiziell in seine erste Sitzung, und das mit Erfolg: Insgesamt 40 neugierige Mädchen und Burschen folgten der Einladung

ins Gemeindeamt und nahmen wie die Großen am Gemeinderatstisch Platz.

Beim ersten Treffen stand vor allem das gegenseitige Kennenlernen im Vordergrund. Gerade bei so vielen Beteiligten war es wichtig, dass alle achtsam miteinander umgehen, dass kurze Wartezeiten und so manches Gewusel mit einem Augenzwinkern hingenommen wurden. In dieser Hinsicht zeigte der Großteil der Kinderge-

meinderätinnen und -räte vollstes Verständnis: erst einen Tag im Amt und schon ein gutes Vorbild!

Vizebürgermeister Adolf Kohlbacher beschreibt auch den Alltag im Gemeindeamt als abwechslungsreich: „Auch im erwachsenen Gemeinderat geht es immer wieder lustig zu. Der Spaß darf nicht zu kurz kommen!“ Spaß hatten die Mädchen und Burschen im Kindergemeinderat auf jeden Fall, unter anderem bei Spieleinheiten

im Freien inklusive spielerischer Auseinandersetzung mit den Kinderrechten.

Der Kindergemeinderat von Raaba-Grambach wird von Nadja Ulz und Jakob Kramer von beteiligung.st, der Fachstelle für Kinder-, Jugend- und BürgerInnenbeteiligung, begleitet.

Jugendgemeinderat

Der aus dem LEADER-Projekt „MitmachitektInnen“ entstandene Jugendgemeinderat von St. Barbara im Mürztal tagte bereits zum fünften Mal und ist voller Elan dabei, sich in der Gemeinde einzubringen. Ein erster großer Erfolg war der Antrag an den Gemeinderat, den Einsatz von Glyphosat zu beenden. Die Jugendlichen setzten sich in der Schule mit diesem Thema auseinander und brachten es direkt in den Jugendgemeinderat ein. Nach einer fachlichen Diskussion untereinander und einem ersten Austausch mit Bürgermeister Jochen Jance entschieden sie sich, einen Antrag zu stellen. Der Jugendliche Michael Auer war bei der Gemeinderatssitzung vor Ort und schrieb danach voller Euphorie: „Ich darf uns recht herzlich gratulieren!!! Der Gemeinderat hat unseren Antrag einstimmig angenommen!“

Mit Unterstützung der Gemeinde sind die Jugendgemeinderätinnen und -räte aktuell auch dabei, das Image von Jugendlichen zu verbessern. Manchmal spürten sie seitens der Erwachsenen Vorurteile. Um zu zeigen, dass Jugendlichen das Gemeinwohl sehr wohl auch am Herzen liegt, wurde die Idee geboren, Wohlfühlzonen in den drei Ortsteilen Mitterdorf, Wartberg und Veitsch zu errichten. Wichtig war ihnen dabei, dass sich auch Erwachsene dort wohlfühlen. Ihre Lösung: Liegestühle an schönen Plätzen mit dem Logo des Jugendgemeinderats und einem zum Nachdenken anregenden Sinnspruch. „Denn das Leben ist zu kurz, um das Glück auf später zu verschieben!“

Jugendrat Gratkorn in Aktion



Der Jugendrat Gratkorn bringt sich in die Gemeinde ein. Mit Unterstützung der Gemeinde und insbesondere von GRⁱⁿ Stephanie Kabon beschäftigt sich der Jugendrat aktuell damit, den Park in der Nähe der Donati-Siedlung jugendgerecht umzugestalten.

Zwei neue Sitzmöglichkeiten wurden bereits errichtet. Weitere Ideen sollen demnächst in die Tat umgesetzt werden. So werden zum Beispiel eine Korb-schaukel und ein Tischtennistisch aufgestellt und die

Pflanzen vor Ort attraktiver gestaltet. Diese Investitionen stellen nicht nur für die Gratkornrinnen und Gratkorn eine Bereicherung dar, auch die Bewohnerinnen und Bewohner der nahen, noch im Bau befindlichen Siedlung werden sich daran erfreuen können. Die beteiligten Jugendlichen scheuen sich nicht davor, tatkräftig mitzuhelfen, um ihre Projektideen in die Tat umzusetzen.

Der Jugendrat wird von beteiligung.st, der Fachstelle für Kinder- Jugend- und BürgerInnenbeteiligung, begleitet. Die Jugendlichen erfahren dort, wie die Heimatgemeinde aufgebaut ist, was Politik und Verwaltung alles bewerkstelligen können, und setzen mit der Gemeinde eigene Projekte um.

Mitmischen in Trofaiach

Im Rahmen zweier Politikwerkstätten wurden Jugendliche ins Trofaiacher Rathaus eingeladen, um mitzumischen. Schülerinnen und Schüler der PTS Trofaiach konnten jeweils einen Vormittag Trofaiacher Kommunalpolitikluft schnuppern.

Die Jugendlichen unternahmen eine „Reise“ durch das Rathaus und konnten so am Ort des Geschehens die Grundbegriffe und Zusammenhänge der Kommunalpolitik verfolgen. Bei diesem Rundgang trafen die Schülerinnen und Schüler auf Bürgermeister Mario Abl, den Stadtamtsdirektor Uwe Kroneis und lernten das Bürgerservice besser kennen. So bekamen sie einen Einblick in die tägliche Arbeit von kommunalen Entscheidungsträgerinnen und -trägern.

An drei Stationen wurden unterschiedliche Thematiken rund um die Stadtpolitik bearbeitet. Mit ver-

schiedenen Ansätzen und Methoden wurden den Jugendlichen die Kompetenzen der Kommunalpolitik und die zentralen Aufgaben der Stadtregierung und des Gemeinderats nähergebracht.

Verbindungen zwischen dem Lebensumfeld der Jugendlichen und der Arbeit im Rathaus herzustellen, ist das Hauptziel dieses Projekts. Die zentrale Phase ist die Diskussion mit Gemeinderätinnen und -räten aller Fraktionen. Die Gemeinderätinnen und -räte beantworteten die vielen Fragen der Jugendlichen, um danach selbst die Gelegenheit wahrzunehmen, die jungen Leute nach deren Meinung zu verschiedenen Themen zu fragen.



Die Fachstelle für Kinder-, Jugend- und BürgerInnenbeteiligung, beteiligung.st., begleitet den Jugendgemeinderat St. Barbara im Mürztal. Die Finanzierung erfolgt über LEADER und das Regionalentwicklungsressort sowie im Rahmen der Initiative „Mitmischen vor Ort“ durch das Ressort für Bildung und Gesellschaft vom Land Steiermark.

„Demokratieverständnis muss erlernt werden“

Kindergemeinderat, Demokratiebildung und Co.: Daniela Köck setzt bei beteiligung.st auf Mitbestimmung.



Im Einsatz für mehr Mitspracherecht von Kindern und Jugendlichen im täglichen Alltag: Daniela Köck leitet seit 2007 beteiligung.st, die Fachstelle für Kinder-, Jugend- und BürgerInnenbeteiligung.

Demokratieverständnis ist nicht selbstverständlich. Kinder und Jugendliche müssen dieses erst erlernen. Um ihnen die Teilhabe an Entscheidungsprozessen zu ermöglichen, engagiert sich beteiligung.st für eine bessere Partizipation. Geschäftsführerin Daniela Köck erklärt im Gespräch, welche Schwerpunkte dabei gesetzt werden.

In welchen Bereichen ist beteiligung.st tätig?

Daniela Köck: Wir sind als Fachstelle für Kinder- und Jugendbetei-

ligung vor allem in der Funktion als Partner für Mitbestimmungsprozesse tätig.

Welche Zielgruppen möchten Sie erreichen?

Wir sprechen mit unserem Angebot Gemeinden, Regionen, Institutionen in den Bereichen Aus- und Weiterbildung, Schulen, Verbände und Jugendgruppen an.

Warum konzentrieren Sie sich gerade auf Kinder und Jugendliche?

Für Kinder und Jugendliche ist es wichtig, so früh wie möglich zu lernen, Dinge auszuhandeln. So entwickeln sie Demokratieverständnis. Nur wer andere Meinungen kennt, akzeptiert und Argumente dafür oder dagegen findet, kommt im Leben weiter. Es geht um ein respektvolles Miteinander. Unser Ziel ist es, alle Verantwortlichen dahin gehend fit machen, damit sie Beteiligungsmodelle auch weitergeben können. So verbinden wir schulische und außerschulische Möglichkeiten.

Demokratie und Politik sind untrennbar miteinander verbunden. Welche Rolle spielt politische Bildung für junge Menschen?

Ganz klar: Wir wollen dabei mithelfen, dass Schülerinnen und Schüler zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern reifen. Bewusstseinsbildung ist hier das Schlagwort, nicht Parteipolitik. Einige Projekte dazu haben wir ja schon initiiert.

Welche Projekte wurden in Graz bereits realisiert?

Bei den „Mitmischen“-Projekten beispielsweise steht im Vordergrund, dass Jugendliche demokratische Prozesse und politisches Handeln hautnah erfahren und auch verstehen können. Im Rahmen von „Mitmischen im Landtag“ gehen wir ins Landhaus, besuchen die Landesrätinnen und -räte und zeigen den jungen Menschen, wo und wie Politik gemacht wird. Bei dem Projekt „Mitmischen in Graz“ besuchen Grazer Schulen den Gemeinderat, was sehr gut angenommen wird.

Können Sie die Aktion „Film beTEILigt ...“ kurz erklären?

In Zusammenarbeit mit dem Grazer Regisseur Jakob M. Erwa entstehen Spots und Kurzfilme, in denen für die Jugendlichen relevante Themen abgebildet werden. So geben wir ihnen die Möglichkeit, wichtige Botschaften zu transportieren. Der Kurzfilm „Rosa sieht schwarz“ hat zum Beispiel sensatio-

nelle zwei Millionen Aufrufe.

Wie wichtig ist der Kontakt zu den Regionen?

Sehr wichtig. Die Beteiligungsworkstatt haben wir gezielt für den Einsatz in steirischen Gemeinden entwickelt. Jugendliche im Alter von 13 bis 20 Jahren erarbeiten dort gemeinsam mit Mitgliedern des Gemeinderates, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und Vereinsverantwortlichen unterschiedliche Projekte zu Ideen für das Zusammenleben, wie etwa die Gestaltung von öffentlichen Plätzen.

Inwiefern haben sich die Beteiligungsmöglichkeiten im Allgemeinen verändert?

Verglichen mit früher haben etwa die Kinderrechte an Bedeutung gewonnen. Mitsprachemöglichkeiten gibt es heute überall mehr. Doch Demokratieverständnis muss gelernt werden. Das wird keinem in die Wiege gelegt.

In welchem Bereich fordern Sie persönlich noch mehr Mitbestimmung ein?

Vor allem in der Schule. Allerdings muss man dabei abwägen, in welcher Form mehr Mitbestimmung möglich ist. Die Funktion der Klassensprecherin bzw. des Klassensprechers hat das Potenzial für eine ernsthafte Vertretungsrolle. Auch die Einführung eines SchülerInnenparlaments würde helfen.

Jugendarbeit ist Zukunftsarbeit

Politik und Verwaltung zeigen vermehrt Interesse daran, insbesondere junge Menschen in kommunales Handeln einzubeziehen und investieren mit beteiligungsorientierten, kinder- und jugendpolitischen Maßnahmen in die Kinder- und Jugendfreundlichkeit ihrer Kommune. Damit kann die Verbundenheit zwischen Gemeinde, relevanten AkteurInnen (Schule, Vereine, etc.) und Jugend gefördert werden.

Es ist aber auch das Gefühl, Teil der Gemeinschaft, also der Kommune, zu sein, das dabei mitschwingt und eine stärkere Verbindung zu den Menschen vor Ort und damit auch der Herkunftsgemeinde auslöst. Denn

Fakt ist, dass sich Menschen dort zu Hause fühlen, wo sie ihre sozialen Bezüge haben.

Die Identifikation mit der Heimat steigt, wenn Nachbarschaft gelebt wird, wenn Alltagskontakte entstehen, wenn ein Vereinswesen gelebt und die Freizeit in der Region aktiv gestaltet wird.

Auch wenn junge Menschen aufgrund von Ausbildung, Beruf oder Reiselust die Region mittelfristig verlassen, ist eine Rückkehr von vornherein nicht ausgeschlossen, denn die Verbundenheit mit der Herkunftsgemeinde fördert die Verbundenheit mit der Region als Heimat.



IMPRESSUM

Für den Inhalt verantwortlich:

beteiligung.st – die fachstelle für kinder-, jugend- und bürgerInnenbeteiligung

Karmeliterplatz 2, 8010 Graz
+43 316 90370-110,
office@beteiligung.st

Lektorat:

Leselupe – Das Lektorat,
www.leselupe.at

Grafik/Design:

DREIFÜNF – macht werbung,
www.dreifuenf.at

Fotos:

www.shutterstock.com

Sämtliche in dieser Zeitung dargestellten Projekte sind zu 50 % mit Landesmitteln finanziert.

Nähere Infos unter:
office@beteiligung.st

Beteiligungsauftrag für Gemeinden

Kommunen haben den zentralen gesellschaftlichen Auftrag, Strukturen zu schaffen, die den jungen Menschen gute Lebensbedingungen ermöglichen und Zukunftschancen in ihrer Region aufzeigen.

Forschungen zum Thema Abwanderung zeigen auf, dass – abgesehen von den vorhandenen Jobmöglichkeiten in der Region – die weichen Faktoren ausschlaggebend für individuelles Wohlbefinden sind. Sie stehen somit den harten Faktoren bei der Entscheidung für oder gegen ein Abwandern um nichts nach. Kommunen sind daher gut beraten, sich besonders um „ihre“ Kinder und Jugendlichen zu bemühen und sich für deren Interessen einzusetzen. Denn: Kommunen mit Zukunft setzen auf den Aufbau einer kinder- und jugendfreundlichen Gemeinde. Dies steigert die Lebensqualität für Kinder und Jugendliche vor Ort und ist ein wesentliches Argument für den Verbleib in der Herkunftsgemeinde und -region.

Zur Etablierung bzw. nachhaltigen Ausrichtung braucht es aber eine

moderne Jugendpolitik. Dabei setzt die Kommune auf eine verstärkte Netzwerkarbeit, die ein Zusammenspiel aller Akteurinnen und Akteure aus Politik, Verwaltung, Schule, Verband und offener Jugendarbeit bedeutet. Die Anliegen und Interessen der Jugendlichen betreffen alle vor Ort und werden so in allen Bereichen mitgedacht und mitgetragen.

Der Jugendarbeit kommt hierbei eine ganz zentrale Rolle zu: Durch die enge Kooperation mit Politik und Verwaltung unterstützt sie die Kommune bei der Umsetzung ihrer jugendpolitischen Maßnahmen, fördert eine ernsthafte Partizipation von Jugendlichen am Gemeindegeschehen und verstärkt zudem die Schnittstellenarbeit mit anderen lokalen Akteurinnen und Akteuren.



Politikwissen von A bis Z. Heute: B

BETEILIGUNG – PARTIZIPATION

Das Verb „partizipieren“ kommt aus dem Lateinischen und bedeutet so viel wie „mitwirken“, „beteiligen“, „mitbestimmen“ und „einbeziehen“. Partizipation ist ein wesentlicher Bestandteil der Umsetzung von demokratischen Prozessen. Für eine moderne Zivilgesellschaft ist die Teilhabe an politischen Prozessen ein wichtiger Faktor.

BRIEFWAHL

Die Briefwahl ist die Möglichkeit der Stimmabgabe per Post, die seit Kurzem auch in der Steiermark erlaubt ist. Man müsste demnach nicht mehr unbedingt am Wahltag ins Wahllokal, um seine Stimme abzugeben.

BRUTTOINLANDSPRODUKT (BIP)

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gibt an, wie viele Güter und Dienstleistungen in einem Jahr in einem Staat hergestellt werden. In Österreich sind das 349,34 Mrd. Euro (Stand: 2016, Quelle: Statistik Austria) und in Deutschland 3.134 Mrd.

BUDGET

Mit Budget bezeichnet man die für einen bestimmten Zeitraum geplanten Einnahmen und Ausgaben eines Landes, also dessen finanzielle Mittel. So ist die steiermärkische Landesregierung durch

die Verfassung verpflichtet, dem Landtag spätestens acht Wochen vor Ablauf des Finanzjahres den Voranschlag aller Einnahmen und Ausgaben für das kommende oder die beiden kommenden Jahre vorzulegen.

BUNDESKANZLERIN/ BUNDESKANZLER

Die Bundeskanzlerin bzw. der Bundeskanzler (dieses Amt wurde in Österreich bisher nur von Männern bekleidet) ist die/der Vorsitzende der Bundesregierung. Meist waren die Bundeskanzler Mitglied jener Partei des Nationalrates, die die meisten Mandate hatte.

BUNDESMINISTERIN/ BUNDESMINISTER

Bundesministerinnen bzw. Bundesminister stehen an der Spitze der Bundesministerien und sind damit Mitglieder der Bundesregierung. Sie sind an keinerlei Weisung gebunden (können also auch Entscheidungen treffen, die von der Bundeskanzlerin/vom Bundeskanzler nicht befürwortet werden); gleichzeitig sind sie aber abhängig von Bundeskanzlerin/-kanzler bzw. Vizekanzlerin/-kanzler (d. h., sie oder er kann sie abberufen).

BUNDESPRÄSIDENTIN/ BUNDESPRÄSIDENT

Die Bundespräsidentin bzw. der Bundespräsident ist das Staatsoberhaupt der Republik Öster-

reich, d. h., sie oder er steht an der Spitze des Landes. Bundespräsidentinnen und -präsidenten werden alle sechs Jahre direkt gewählt, eine Person kann nur einmal wiedergewählt werden.

BUNDESRAT

Der Bundesrat ist – neben dem Nationalrat – die zweite Kammer des Parlaments. Der Bundesrat hat deutlich weniger Macht als der Nationalrat, deshalb spricht man von einem „unechten Zweikammernsystem“.

BUNDESREGIERUNG

Die Bundesregierung ist das oberste Organ der Exekutive. Mitglieder der Bundesregierung sind: Bundeskanzlerin/-kanzler, Vizekanzlerin/-kanzler; Bundesministerinnen/-minister und Staatssekretärinnen/-sekretäre. Sie handeln als gemeinsames Organ und die Beschlüsse der Bundesregierung sind einstimmig, d. h., ein Vorschlag wird nur dann umgesetzt, wenn alle zustimmen.

BUNDESVERFASSUNG

In der Verfassung sind die grundlegenden Regeln über Organisation, Gliederung und Machtverteilung eines Landes/Staates festgelegt bzw. die wichtigsten Rechte und Pflichten seiner Bürgerinnen und Bürger angeführt. Dementsprechend gehören dazu nicht nur jene Regeln, die im B-VG (= Bundesverfassungs-

gesetz) zusammengefasst sind, sondern auch alle in anderen Gesetzen verstreuten Verfassungsbestimmungen.

BÜRGERIN/BÜRGER = STAATSBÜRGERIN/-BÜRGER

Jeder Mensch ist Bürgerin/Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten. Sehr oft wird dafür auch die Bezeichnung Staatsbürgerin/-bürger verwendet. Alle Staatsbürgerinnen/-bürger der EU-Mitgliedsländer werden als EU-Bürgerinnen/-bürger bezeichnet.

BÜRGERINNENINITIATIVE

Eine BürgerInneninitiative ist der Zusammenschluss mehrerer Personen zur Verhinderung oder Durchsetzung bestimmter Ziele. Soll zum Beispiel in einem Ort ein bestimmtes Bauvorhaben durchgeführt werden und mehrere Personen sind dagegen, so können sie eine BürgerInneninitiative gründen und gemeinsam gegen dieses Vorhaben auftreten.

BÜRGERINNENLISTE = WÄHLERINNENGRUPPE

Eine WählerInnengruppe ist eine Gemeinschaft, die zu Wahlen antritt, ohne den Status einer politischen Partei zu haben. Es handelt sich hierbei um einen Zusammenschluss engagierter Bürgerinnen und Bürger zur Kandidatur bei Wahlen.

BÜRGERINNENRECHT

Ein BürgerInnenrecht ist ein gesetzliches Recht, das ein Staat oder eine vergleichbare Einrichtung den Mitgliedern seines Staatsvolkes (seinen Bürgerinnen und Bürgern) zugesteht. Zu den BürgerInnenrechten in einer Demokratie gehören beispielsweise das Wahlrecht und alle anderen Grundrechte, die nicht Menschenrechte sind (welche nicht nur auf die Bürgerinnen und Bürger eines Staates zu beziehen sind).

BÜRGERMEISTERIN/ BÜRGERMEISTER

Bürgermeisterinnen/Bürgermeister sind die politischen Spitzen der Gemeinden. Sie leiten den Gemeindevorstand und führen den Vorsitz bei den Sitzungen des Gemeinderates. In sechs Bundesländern werden die Bürgermeisterinnen/Bürgermeister direkt gewählt (Burgenland, Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg). In der Steiermark wird die Bürgermeisterin/der Bürgermeister nicht direkt, sondern vom Gemeinderat in seiner konstituierenden Sitzung gewählt. Sie/er muss nicht dem Gemeinderat angehören, jedoch die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und in den Gemeinderat wählbar sein.

Mitmischen gegen Politikverdrossenheit

Seit neun Jahren gibt es das Beteiligungsprojekt „Mitmischen“ für Jugendliche, seit einem Jahr „Mitmischen vor Ort“. Eine Rückschau.

Mitdenken und mitlenken – so lautet das Credo der Initiative „Mitmischen“, einer Kooperation von Land Steiermark und der Fachstelle beteiligung.st, die seit Jahren erfolgreich besteht. Den Ausgangspunkt bildete das Vorhaben, das Interesse der Jugendlichen für Politik zu wecken, indem diese erlebbar gemacht wird. Die jungen Steirerinnen und Steirer können bei „Mitmischen im Landhaus“ die Arbeit des Landtags kennenlernen. Die Zahlen bestätigen den Erfolg des Konzepts. „Seit 2009 haben über 5.600 Jugendliche im Landhaus ‚mitgemischt‘“, freut sich Daniela Köck, Geschäftsführerin von beteiligung.st.



ERFOLGSMODELL IM VORMARSCH

Vor gut einem Jahr wurde „Mitmischen“ auf die Gemeindeebene gehoben, das Interesse ist auch hier ungebrochen, wie Landesrätin Ursula Lackner bestätigt:

„Das Recht auf Mitsprache macht viel aus. Wenn die Jugendlichen von vornherein in ein Projekt mit eingebunden werden, dann sind auch die Erfolgchancen deutlich größer.“
19 Gemeinden ließen bisher ihre

Jugend „mitmischen“. „Diese sind auch weiterhin begeistert dabei, aber wir freuen uns, wenn sich noch viele weitere Gemeinden melden“, so Lackner. Der Aufwand, sowohl organisatorisch als auch finanziell, lohnt sich auf jeden Fall.

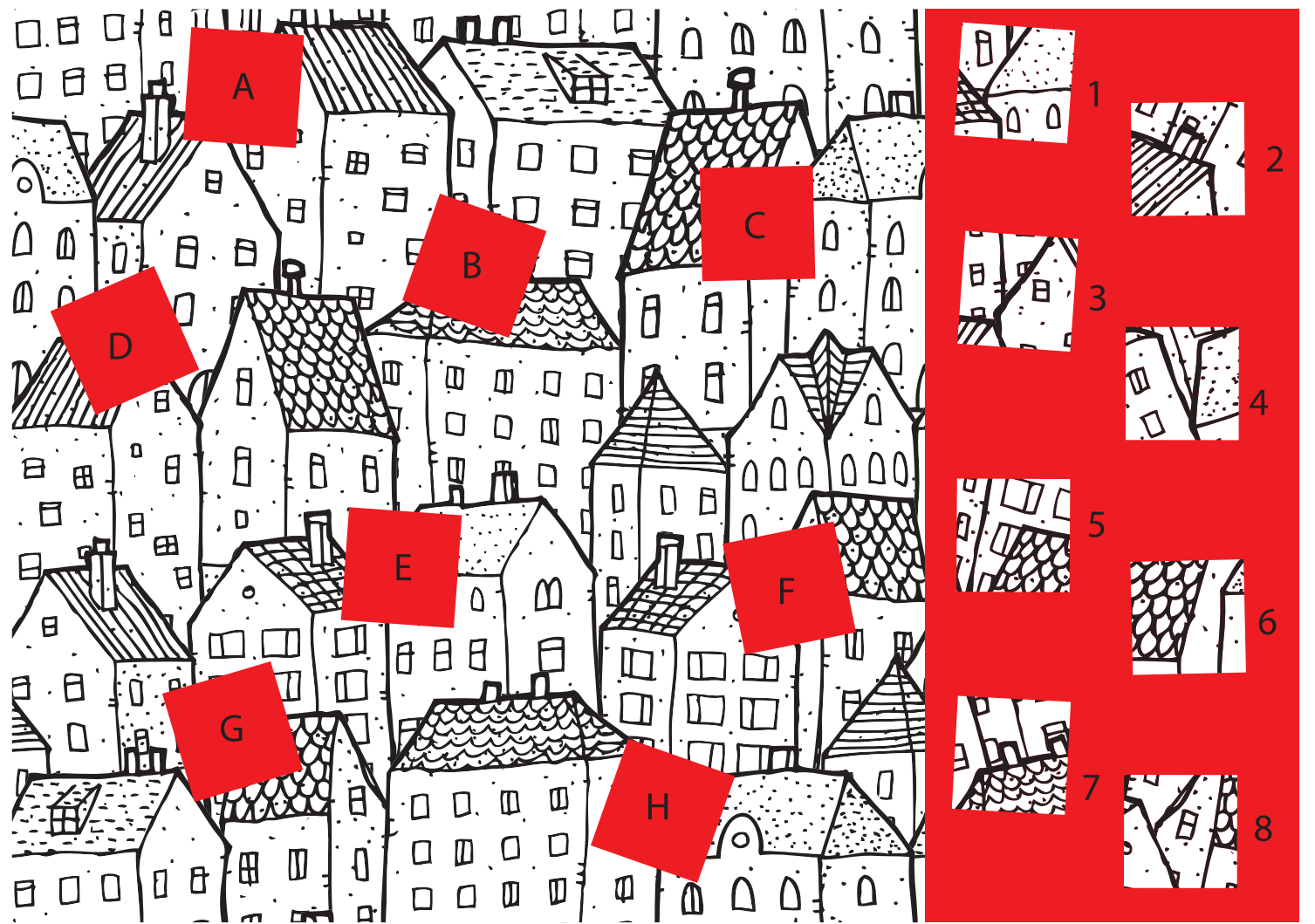
MITMISCHEN VOR ORT

Gemeinden werden beim Aufbau eines Kindergemeinderats unterstützt oder es wird eine Beteiligungswerkstatt organisiert, um die Ideen der Jugendlichen zu diskutieren.

Mehr Informationen erhalten Sie unter www.beteiligung.st

7	1	6				3	9	4
	5						1	
	4	9				5	6	
	3		4		5		8	
	8		9		7		4	
	6	5		8		7	3	
	2			9			7	
	7		3		4		2	
3	9	4				1	5	6

		1	4	9	8	7		
	4	7						6
8				6				9
2			5		4			6
6		9		7		1		4
5	1		9		6			2
4				2				7
	3							9
		5	8	3	9	6		



Finde die 10 Unterschiede

